

Evangelische Verantwortung

Kinder in unserer Gesellschaft

Hannelore Rönsch

Selten standen die Familien so im Rampenlicht der Öffentlichkeit wie in diesem Jahr, das von den Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Familie ausgerufen worden ist. Doch machen sich nicht alle diejenigen etwas vor, die von der Familie als zeitgemäßer Lebensform sprechen? Die Antwort scheint naheliegend, denn bundesweit ist bereits jeder dritte Haushalt ein Single-Haushalt, in manchen Großstädten bereits jeder zweite. **Heiratsalter steigt, die Zahl der Eheschließungen ist rückläufig und die Scheidungsrate wächst.**

Wer heute jedoch unaufhörlich die Krise der Familie herbeiredet und ihren Verfall voraussagt, verkennt die Realitäten. Denn bestehende Probleme und Konflikte, die es gewiß in einem Teil der Familien gibt, dürfen nicht zu einem verfälschten Familienbild führen.

Das wahre Bild erschließt sich nämlich erst bei näherem Hinsehen und es widerlegt pessimistische Einschätzungen eindeutig.

Denn nach wie vor wachsen die meisten Kinder in Familien mit ihren leiblichen Eltern auf. Trotz der Zunahme nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften stellen diese für den weitaus größten Teil

der jungen Menschen keine Alternative, sondern eine Vorstufe zur Ehe dar. Junge Paare entscheiden sich heute häufig erst dann für die Ehe, wenn sie Kinder haben wollen oder ein Kind geboren ist. Auch der Anstieg der Ehescheidungen bedeutet keine Abkehr von der Ehe. Viele Paare trennen sich vielmehr deshalb, weil sie stark idealisierte Erwartungen an eine Partnerschaft stellen, die nicht in Erfüllung gehen. Die meisten Geschiedenen heiraten später wieder, entscheiden sich also erneut für die Ehe.

Das Bild der Familie erscheint also je nach Blickwinkel der Betrachtung höchst widersprüchlich. Dennoch ist unbestritten, daß die Familie die Gemeinschaft ist und bleibt, in der die Voraussetzungen für eine gelungene Persönlichkeitsentwicklung von Kindern geschaffen werden. Hier erfahren sie Orientierung für ihr späteres Leben und lernen, die Freiheitsgrade und Möglichkeiten in unserer Gesellschaft richtig zu nutzen. In der Familie wachsen Kinder zu lebensstüchtigen, verantwortungsbewußten Bürgern heran. Hier erleben und erlernen sie Werte wie Liebe, Vertrauen, Verantwortung und Toleranz. Die Familie vermittelt zugleich emotionale Geborgenheit, Anerkennung und Mitmenschlichkeit. Hier wird jeder mit seinen Eigenheiten und Problemen angenommen.

Solidarität zwischen den Generationen

Familie ist zugleich der Ort der gelebten Solidarität zwischen den Generationen. Denn auch heute ist trotz unterschiedlicher Familienformen der Zusammenhalt zwischen den Generationen stark. Es gibt ein intensives Miteinander von Kindern, Eltern und Großeltern, ausgeprägte gegenseitige Fürsorge und Solidarität - unabhängig davon, ob die Familienmitglieder unter einem Dach leben oder nicht. Dies sind die Ergebnisse einer neuen Studie des Bundesministeriums für Familie und Senioren über Beziehungen in Mehr-Generationen-Familien.

Die zentrale Bedeutung der Familie ergibt sich allerdings nicht nur aus diesen grundsätzlichen Überlegungen, son-

Inhalt

4 Christliche Ethik und ökonomische Vernunft

6 Aufwachsen in schwieriger Zeit

8 Europa gewinnt neue Attraktivität

12 Kurz notiert

14 Bücher

14 Aus unserer Arbeit

dern es entspricht dem Wunsch der allermeisten Menschen, in einer Familie verlässlich, geborgen und auf Dauer zu leben. So belegen neuere Umfragen, daß die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land in der Gründung einer Familie und im Wunsch nach Kindern die wichtigsten Ziele ihrer Lebensplanung sehen.

Diese Entscheidung treffen sie heute jedoch bewußter und wägen sie ab mit den Vor- und Nachteilen eines Lebens ohne Kinder. Wir wissen, daß viele junge Paare ihren Kinderwunsch zunächst aufschieben und später weniger Kinder bekommen, als sie ursprünglich wünschten. Insbesondere das Beispiel des drastischen Geburtenrückgangs in den neuen Bundesländern zeigt, wie sehr das unmittelbare politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Umfeld Einfluß auf die Verwirklichung der Lebenspläne und Lebensziele der Menschen ausübt.

gerechten Ausgleichs der Belastungen, die Familien im Vergleich zu Kinderlosen durch die Erziehung ihrer Kinder auf sich nehmen, gehört zu den Kernfragen unserer Familienpolitik. Die Bundesregierung hat in den 12 Jahren ihrer Regierungszeit das duale System des Familienlastenausgleichs, das auf Kindergeld, Kindergeldzuschlag und Kinderfreibeträgen aufbaut, systematisch ausgebaut. Wir dürfen jedoch nicht auf halbem Wege stehenbleiben: Deshalb planen wir in der nächsten Legislaturperiode, das Existenzminimum von Kindern vollständig von der Steuer freizustellen. Das Kindergeld als echte familienpolitische Transferleistung kann dann bedarfsgerechter ausgestaltet und gezielter kinderreichen sowie Familien mit

und sozialpolitischen Durchbruch erzielt. Dies gilt auch für die Anerkennung von Erziehungsleistungen im Rentenrecht. Allerdings sind diese Maßnahmen allein noch keine Gewähr für eine gelungene Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier ist nicht der Gesetzgeber, sondern die Arbeitswelt gefordert, sich auf die Bedürfnisse von Familien einzustellen. Betriebe müssen Rücksicht neh-



Wenn Ihr Euch dreimal was wünschen dürftet, was würdet Ihr Euch wünschen?

Zuerst, daß auf der ganzen Welt Frieden herrscht, daß es keine Kriege mehr gibt. Und dann daß die alle umweltbewußter werden und wir nicht mehr solche Umweltprobleme haben. Und den letzten Wunsch, da würde ich mir ein bißchen Grips wünschen.

Michaela, 12 Jahre

Was würdest Du ändern, wenn du im Rathaus wärst?

Ich würde da was ändern, daß nicht mehr so viele Autos fahren immerzu. Ich komme an vielen Autos vorbei auf dem Weg zur Schule. Und einwas finde ich nicht gut, daß da jetzt so viele Baustellen sind auf meinem Weg, da muß ich dauernd auf der Straße laufen. Manchmal werden ja die Autos geregelt, da kann ich gar nicht weitergehen, da komme ich dann vielleicht zu spät zur Schlule.

Ulrike, 8 Jahre

Die Familien leiden unter Wettbewerbsnachteilen und „strukturellen Rücksichtslosigkeiten“ im Arbeitsleben, im Bildungswesen oder auf dem Wohnungsmarkt. Wir brauchen daher mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit in unserer Gesellschaft, wir brauchen eine größere Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen, die Eltern, Eheleute und Alleinerziehende erbringen. Dies kann jedoch nicht von oben angeordnet werden, sondern erfordert einen breiten Konsens aller gesellschaftlichen Kräfte. Hier setzt auch die Familienpolitik an, denn eine Gesellschaft, in der die Menschen sich nicht mehr zutrauen, Kinder zu bekommen, gefährdet ihre eigene Zukunft.

geringem Einkommen zugekommen. Zugleich sollten diejenigen, die - bei allem Verständnis für die individuellen Gründe - keine Kinder erziehen, stärker in die Solidarität mit den Familien eingebunden werden.

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für junge Mütter und Väter ist für mich als Familienministerin eine ganz besondere Herausforderung. Die Bundesregierung hat mit der Einführung des Erziehungsurlaubs, der heute für drei Jahre die Rückkehr in den Betrieb garantiert, und des Erziehungsgeldes, das inzwischen zwei Jahre lang bezogen werden kann, einen familien-

men auf Familien, schon im eigenen Interesse. Denn nur wer den Faktor Familie in die Arbeitsorganisation und den Arbeitsablauf einbezieht, wird künftig im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte gute Karten besitzen. Familienfragen dürfen nicht länger ein Randthema der Betriebe sein, sie müssen zum festen Bestandteil jeder Unternehmensphilosophie werden.

Kinder zu haben bedeutet natürlich auch immer Verzicht. Die Frage eines

Teilzeitarbeit ausweiten

Wir brauchen insbesondere mehr qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze, und zwar nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer. Wir brauchen alle Formen der Teilzeitarbeit, von der täglichen, über die Wochen- bis zur Jahresarbeitszeit. Vor allem Klein- und Mittelbetriebe benötigen Beratung über Wege zu familienfreundlichen Arbeitszeiten, die speziell auf ihre Betriebsstruktur zugeschnitten sind. Hier setzt die breit angelegte Teilzeittoffensive der Bundesregierung an. Mit dem im Deutschen Bundestag kürzlich beschlossenen Gleichberechtigungsgesetz geht der öffentliche Bundesdienst mit gutem Beispiel voran. Hier wurde der Anspruch auf einen Teilzeitarbeitsplatz fest verankert.

Auch fehlende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Vorschulalter stellen in unserem Land ein großes Hemmnis zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar. Hier sind nicht nur die Länder und Kommunen, sondern auch freie Träger und selbstverständlich die Be-

triebe gefordert, dem Betreuungsbedarf gerecht zu werden.

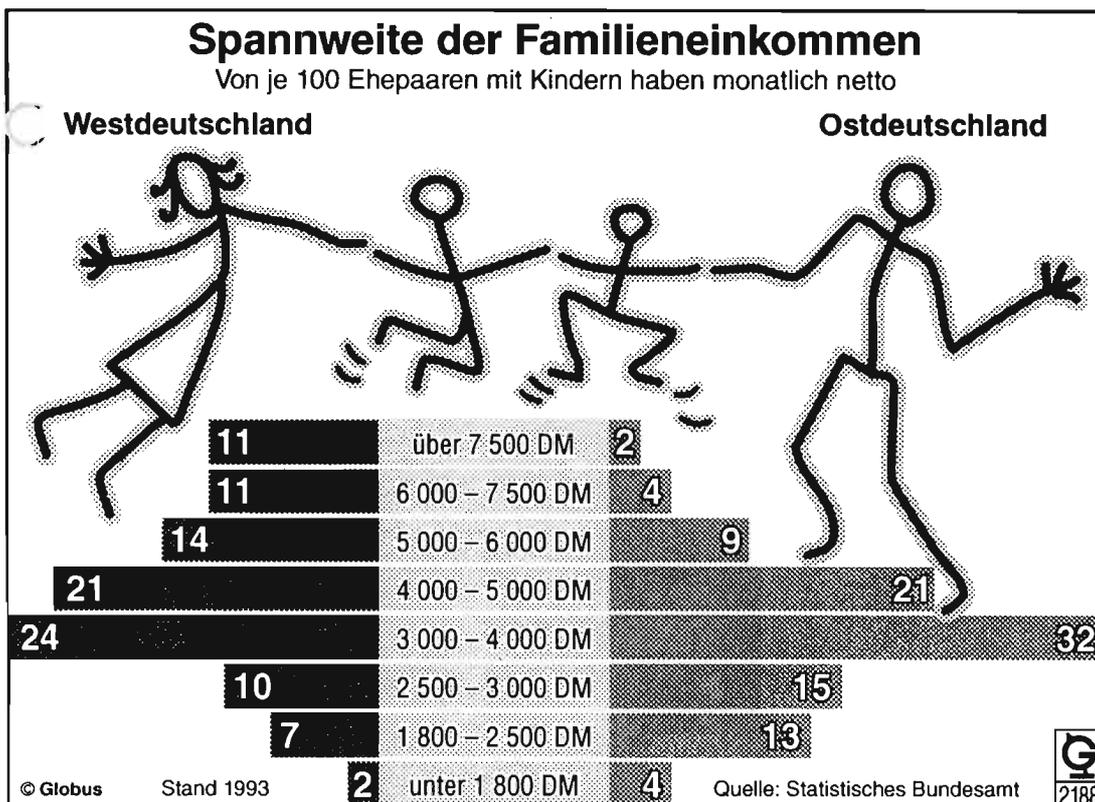
Familien brauchen eine starke Lobby, damit ihre Interessen in der Konkurrenz zu anderen nicht untergehen. Wir alle wissen, Kinder brauchen Eltern, sie brauchen Vater und Mutter, die Zeit für sie haben. Zeit zum Spielen, aber auch Zeit für Gespräche. Denn generell stehen Kinder und Jugendliche heute unter einer Fülle von Einflüssen, vor allem auch aus den Medien. Streß durch Schule, nachmittägliches Sporttraining, Musik- oder Förderstunden schaffen eine Flut von Eindrücken, bringen also auch Probleme und Konflikte mit sich, die Kinder ohne elterliche Hilfe nicht immer richtig gewichten können.

Die im vergangenen Jahr veröffentlichte Shell-Studie „Jugend '92“ nennt bei jugendlichen Befürwortern spontaner Gewalt das Vorkommen häufig belastender Ereignisse wie Trennungen, Scheidungen, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Tod der Eltern. Auch dies verdeutlicht, wie sehr unbewältigte persönliche Probleme der Erwachsenen auf die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern durchschlagen können.

Zukunftsfähige Modelle schaffen

Es wäre sicher zu kurz gegriffen, wollte man die Eltern allein dafür verantwortlich machen, daß Kinder unter optimalen Voraussetzungen heranwachsen. Wir alle müssen zur Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Klimas beitragen. Denn der Stellenwert der Arbeit, die von und in den Familien, und hier überwiegend von den Müttern geleistet wird, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Bundesregierung wird auch künftig fest an der Seite der Familien stehen. Denn Familien sind die Herberge der Mitmenschlichkeit in unserer Gesellschaft und die Träger unserer gemeinsamen Zukunft. Wir alle müssen dazu beitragen, den Familien und damit auch unseren Kindern eine gute Zukunft zu geben. ■

Anm.:
Hannelore Rönsch
ist Bundesministerin für
Familie und Senioren



Christliche Ethik und ökonomische Vernunft

Ruth Merckle

Ethik ist eine nicht zu verachtende Grundhaltung, durch die menschliches Zusammenleben erst möglich wird. Wenn wir aber von christlicher Ethik sprechen, bedeutet das, daß wir bewußt Gott mit einbeziehen wollen in diese Grundhaltung. Gott gab uns die 10 Gebote, - nicht Verbote - sandte uns Jesus mit seiner Weisung zur Nächstenliebe, alles Rahmenbedingungen für eine Ordnung, die unseren Weg vereinfachen sollen. Wir haben Verantwortung bekommen, für die Welt, die Schöpfung, für uns und für die anderen Menschen.

Wenn wir aber Verantwortung für Mitarbeiter haben, müssen wir ökonomische Vernunft walten lassen. Ob ein Arbeitsplatz sich auszahlt, ist eine Rechenexempel. Und es gehört Mut dazu, einen solchen zu streichen, mehr als alles weiterlaufen zu lassen.

Obwohl es doch sinnvoller sein kann, einen Betrieb gesund zu schrumpfen, als ihn in alter Größe bis zur Konkursreife weiterzubetreiben. Dadurch sind noch mehr Arbeitsplätze weg und noch mehr Menschen geschädigt.

Es ist ethisches Handeln, wenn wir ökonomisch handeln. Die ökonomische Vernunft ist ein wirtschaftliches Naturgesetz. Ohne sie wäre Wirtschaften nicht lange möglich. Die Welt hat die verschiedensten Wirtschaftsarten ausprobiert. Es hat sich unzweifelhaft herausgestellt, daß die soziale Marktwirtschaft am ehesten funktioniert.

In den letzten Kriegsjahren entstand der Freiburger Kreis, verbunden mit der Bekennenden Kirche. Dieser hat Gedanken über eine zukünftige Wirtschafts- und Sozialordnung erstellt. Sie wurde die Grundlage für unsere soziale Marktwirtschaft, übrigens auch der

Denkschrift „Gemeinwohl und Eigennutz“, die vor kurzem von der EKD herausgebracht wurde. Sie orientiert sich am christlichen Menschenbild. Sie stellt ein Angebot an den einzelnen dar, sich - im Rahmen der ökonomischen Abläufe - optimal zu entfalten und setzt dadurch erheblich mehr produktive Kräfte frei als andere Wirtschaftssysteme. Dabei wird durch eine funktionsfähige Wettbewerbsordnung der Eigennutz des Einzelnen in einen Gesamtnutzen für das Gemeinwohl umgewandelt.

Die persönliche Verantwortung von Christen in der Wirtschaft umfaßt mehr als nur individuelles moralisches Selbstverständnis und Anstand. Die Wirtschaftsordnung hat Freiräume geschaffen, die dem Arbeitgeber und allen Mitarbeitern persönliche Verantwortung erlaubt, - aber auch zumutet. Die Wirtschaftsordnung und die Gesetze sind für das wirtschaftliche Handeln nur die äußere Grenze, genau wie die zehn Gebote den äußeren Rahmen für eine christliche Ethik darstellen.

Wer setzt die Norm?

Wie normal ist es, Gott mit einzubeziehen in den Berufs-Alltag? Was ist normal, wer setzt die Norm? Es zeigt sich, daß das, was als normal gilt, sich im Laufe der Zeit immer wieder verändert hat. Wer entscheidet eigentlich darüber, was als normal gelten soll und darf? Vielleicht sollten wir Christen den Mut haben, neu festzulegen, daß es normal ist, Gott mit in den Alltag einzubeziehen, aber gleichzeitig unsere kirchliche Sprache etwas modernisieren.

Gott in unserer Sprache

Wir müssen wieder lernen, Gott in unserer Sprache aufzunehmen. Doch es ist schwer, über Glauben und Gott im

Alltag zu sprechen. Aber ich muß gestehen, auch ich sage selten zu jemandem: Gott behüte Sie und noch weniger: ich bete für Sie, auch wenn ich das denke. Ich kenne einen ausgezeichneten Krankenhauseelsorger, der aber sagt: Ich bete nur mit dem Patienten, wenn der mich darum bittet. Wenn jetzt aber beide Seiten warten und hoffen, daß der andere zuerst anfängt...

Menschen Mut machen

Menschliche Arbeit ist das kostbarste, was ein Unternehmen hat. Sie darf nicht vergeudet werden. So ist es ein hohes Gebot, menschliche Arbeit durch technische und organisatorische Rationalisierung wertvoller zu machen. Es ist unser Bemühen, jeden Menschen nach seinen Gaben einzusetzen, damit er sich voll entfalten kann und seinerseits das Gefühl hat, ein vollwertiger, ein wertvoller Mitarbeiter zu sein.

Mehr denn je legt der Mensch heute Wert auf Eigenständigkeit, Selbstbestimmung, Freiheit für Gedanken und Handeln. Das öffnet und zerstört gleichermaßen gewisse Werte und Regeln, Anhaltspunkte und Richtlinien. Nun sehe ich es als unsere - der Kirche und der Wirtschaft - gemeinsame Aufgabe an, diese Menschen zu selbständigem Denken in Eigenverantwortung zu ermuntern und zu stärken. Wir können dem Menschen Mut machen, sie auffordern, Gott um Hilfe zu bitten, um dann - im Vertrauen darauf - selbst Verantwortung zu übernehmen.

Wir müssen ihnen Freude an der Arbeit vermitteln, freilich auch Mut zusprechen, auch solche Arbeit anzupacken und zu erledigen, die vielleicht keinen Spaß macht, oder erst, wenn sie erledigt ist, durch Genugtuung befriedigt.

Zeit und Kraft

Zeit ist Leben, nicht nur Geld, so stellt sich die moderne Auffassung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dar. Das beinhaltet, zu arbeiten, Geld zu verdienen, gleichzeitig aber eine Familie zu

gründen, ein Haus zu bauen und auch noch Karriere zu machen. Das bedeutet für uns, daß wir - speziell für Frauen - familiengerechte Arbeitszeiten mit Karrieremöglichkeiten anbieten müssen und auch wollen. Unsere flexiblen Arbeitszeiten umfassen zig Möglichkeiten, das geht vom 1mal wöchentlich arbeiten, zur 580,- Mark Basis, über jobsharing zu Computerheimarbeit und vieles mehr. Ich kenne die Gegenargumente, die Chancengleichheit und ungenügende Altersrente betreffen. Es gilt als unsozial, Frauen nicht voll zu beschäftigen, eben weil dann die Altersrente gering wird.

Die Frau, die alles gleichzeitig meistert, sollen alle Türen offen. Nicht alle Frauen haben aber die Kraft zu dieser Doppel- und Dreifachbelastung über ein ganzes Leben hin. Wir müssen zusätzliche Angebote schaffen für die Frau, die sich für Kinder entschieden hat und eben diesen Kindern für einige Jahre die Hauptpriorität geben möchte. Auch diese Frauen müssen eine Chance haben, etwas Geld dazuzuverdienen, einmal in der Woche aus dem Haus zu kommen, mit Kollegen zu plaudern und am Berufsleben, sei es auch in noch so geringer Form, teilzuhaben.

Auch hier sehe ich eine gemeinsame Aufgabe für die Kirche und die Unternehmer. Wir sollten die Menschen nicht darin bestätigen, immer mehr zu fordern, immer anderes zu wollen, als das, was sie wirklich erbringen können, sondern sich im Gegenteil daran zu freuen, wieviel sie zu leisten im Stande sind, daß sie stolz und auch zufrieden damit sein können. Wenn wir immer alles an den Maximalvorstellungen aufhängen, überfordern wir die meisten Menschen in ihren persönlichen Möglichkeiten. Lebensglück besteht schließlich nicht nur aus Arbeit und Karriere.

Wenn die Frauen selbstsicher, verantwortungsvoll und selbstbestimmt sind, was sie selbst, was die Kirche, die Unternehmen und unsere Gesellschaft wünschen und fordern, dann können sie auch selbst entscheiden, welche dieser Angebote für sie wichtig und richtig sind.

Teilzeitarbeit stärken

Wir brauchen eine Arbeitswelt, die auf die Bedürfnisse der Familien verstärkt Rücksicht nimmt. Im Zusammenwirken mit Arbeitgebern und Gewerkschaften müssen wir zu einer flexibleren Gestaltung der Arbeitswelt kommen. Flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit entlasten nicht nur den Arbeitsmarkt; für Eltern, insbesondere Mütter kleiner Kinder, ist Teilzeitarbeit häufig die einzige Möglichkeit, Familie und Beruf miteinander zu verbinden.

Die Bundesregierung hat eine Teilzeitoroffensive gestartet, die Stellen bei Bundesbehörden werden grundsätzlich für Teilzeitkräfte geöffnet. Dieses Modell hat Vorbildcharakter für den gesamten öffentlichen Dienst. Jetzt kommt es darauf an, daß auch in der Wirtschaft mehr Angebote zur Teilzeitarbeit gemacht werden.

Dr. Helmut Kohl

Was ist sozial?

Wie sozial darf ein christliches Unternehmen sein? Wie sozial darf es sein, um seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht zu schaden? Ist ein Unternehmen noch sozial, wenn es alle sozialen Anfragen erfüllt, die von ihm erwartet und gefordert werden?

Ich bekomme viele Anfragen mit der Bitte um einen Arbeitsplatz, von Menschen, die im wahrsten Sinne des Wortes hilfebedürftig sind. Es erscheint bei jedem einzelnen sinnvoll, ja, geradezu dringlich, ihn einzustellen. Ich meine nicht echte Sozialfälle, sondern all die, bei denen das Zeugnis nicht stimmt, wo einige Jahre im Lebenslauf fehlen oder einfach solche, bei denen die Leistungsbereitschaft angeknackst ist. Mit solchen Bitten beanspruche ich unsere Einstellungskapazitäten und - was fast noch wichtigere Auswirkungen hat, die sozusagen normalen Arbeiter werden bis zur Unzumutbarkeit belastet. Ist es trotzdem das, was meine christliche Ethik erfordert? Muß ich nicht auch sozial sein zu diesen normalen Mitarbeitern?

Je länger ich Einblick habe in den Alltag unserer Mitarbeiterinnen, um so größer

wird mein Anliegen, gerade diese unermüdlichen, laut- und klaglosen Mitarbeiter zu unterstützen. Auch sie brauchen Zuwendung, suchen Anerkennung und hoffen auf Dank. Müssen sie erst auffallen, Außenseiter werden, einer Randgruppe angehören, damit wir die Geschäftsleitung oder die Pfarreien uns um sie kümmern?

Ich wünsche mir oft, daß unsere Kirche lebensnah wäre, damit sie solchen Menschen Kraft, Mut und Anleitung geben könnte, wie der Alltag besser bewältigt werden kann. Im Grunde sehen sich die Menschen nach Gott, nach Geborgenheit und Hoffnung, die über den Tag hinausweist. Nach dem Geist, der lebendig macht, der einen trägt und hilft, die weltlichen Dinge zu entscheiden. ■

Anm.:

Frau Merckle
ist Geschäftsführerin der Firma
Merckle und Mitglied im Rat der EKD.

Aufwachsen in schwieriger Zeit

Prof. Dr. Ulrich Becker

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat für ihre Tagung vom 6.-11. November 1994 in Halle/Saale das Schwerpunktthema „Aufwachsen in schwieriger Zeit - Kinder in Gemeinde und Gesellschaft“ gewählt. Sie knüpft damit an die Beratungen früherer Synoden an, bei denen wichtige Bildungsthemen im Mittelpunkt standen. Sie konzentriert sich aber diesmal sehr bewußt auf Kindsein und Kindheit in unserer Gesellschaft, also auf die ersten zwölf Lebensjahre im Leben von Jungen und Mädchen.

Damit will sie natürlich nicht angrenzende Themen wie etwa (im internationalen Jahr der Familie besonders naheliegender) „Familie“ oder „Jugend“ ausklammern. Dennoch geht es ihr in erster Linie

- um ein neues Wahrnehmen dessen, wie Kinder heute unter uns leben, wie sie Leben erfahren und was sie davon

- in das Zusammenleben mit den Erwachsenen einbringen können,
- um eine neue Klärung, an welchen Vorstellungen von Kindsein und Kindheit sich die Verantwortlichen für die Arbeit mit Kindern in Kirche und Gesellschaft orientieren sollen,
- um eine neue Verständigung über den Auftrag der Kirche, für eine kindgerechte Gemeinde und für eine kinderfreundliche Lebenswelt Sorge zu tragen,
- um ein neues Erinnern an die biblische Botschaft, nach der die Herrschaft Gottes dort ist, wo Kinder sind,
- um Schritte zu einer neuen Motivation für alle, die in Kirche und Gesellschaft mit Kindern zusammenleben und arbeiten.

Auf dem Hintergrund dieser allgemeinen Zielvorstellungen hat ein von dem Präsidium der Synode einberufener Vorbereitungsausschuß, dem Expertinnen und Experten aus verschiedenen Bereichen von Kirche, Wissenschaft und Gesellschaft angehören, eine Vorlage erarbeitet, die Schwerpunkte für die kommenden Beratungen setzt.



Kinder brauchen Freiräume!

Lebenssituation

Diese Vorlage beschreibt in einem **ersten Kapitel die gegenwärtige Situation der Kinder** in unserer Gesellschaft in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit. Auf der einen Seite gilt: Den meisten Kindern in unserem Lande geht es heute besser als ihren Altersgenossen in den Generationen vorher. Unsere Gesellschaft stellt Kinder frei für Spiel und Lernen. Auf der anderen Seite ist unverkennbar, daß Gegenwart und Zukunft unserer Kinder vor allem durch soziale und ökologische Risiken gefährdet sind. Belastete Familien, neue Armut, Leistungs- und Konsumdruck, kinderfeindliche Umwelt, Umbau der Arbeitswelt, Umweltzerstörung, Dominanz materieller gesellschaftlicher Leitbilder und religiöse Verarmung sind Stichworte, mit denen die Lebenssituation von Kindern auch beschrieben werden muß. Wir stehen vor einer neuen Qualität von Risiken, die das Leben unserer Kinder entscheidend verändern können.

Perspektivenwechsel

Wenn es bei dieser Synode wirklich um eine neue Wahrnehmung von Kindern und ihrer Lebenswelt gehen soll, dann ist es aber notwendig, bisherige Positionen, Grundlagen und Voraussetzungen von Erwachsenen für den Umgang und die Arbeit mit Kindern neu zu reflektieren. Davon ist in einem **zweiten Kapitel** unter der Überschrift „**Leben und Welt in der Sicht von Kindern**“ ausführlicher die Rede. Erwachsene neigen dazu, Jungen und Mädchen immer nur in den Bezugsfeldern von Familie, Kindergarten, Schule, Kommune und Kirchengemeinde zu sehen. Schnell rücken dabei wieder die Probleme der Erwachsenen in den Blick. „**Kinder wahrnehmen**“ fragt aber zuerst danach, wer die Kinder selbst sein wollen, was sie selbst bewirken können und wo sie herauswachsen müssen, um ihren eigenen Weg zu finden. Kinder brauchen Erwachsene, die ihr Aufwachsen aktiv begleiten, die sie gegenüber schädigenden und überfordernden Einflüssen und Zwängen abschirmen, die auch Grenzen ziehen können, weil sie über

Einsichten in Gefahren und Notwendigkeiten wissen, die Kinder (noch) nicht teilen können. Aber alles das können Erwachsene nur, wenn sie Mädchen und Jungen als einzigartig und unverwechselbar wahrnehmen und sie in ihrem Herauswachsen unterstützen und ermutigen, ohne sie in Schablonen oder vorgezeigte Wege zu pressen.

Es geht dem Vorbereitungsausschuß sehr grundsätzlich um einen Perspektivenwechsel, der die Eigenständigkeit des Kindes wahrnimmt, würdigt und allen Versuchen eine Absage erteilt, Menschen nach dem eigenen Bild zu machen und nach einem Plan zu formen.

Zu welchen Konsequenzen dieser Perspektivenwechsel führt, wird angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Diskussion sofort deutlich: Kinder werden unter uns oft erst dann wahrgenommen, wenn sie sich auffällig verhalten (Beziehungsstörungen, Verhaltensauffälligkeiten, Drogenmißbrauch, Gewaltbereitschaft usw.), oder wenn ihre immer geringer werdende Zahl die Rentensicherung oder die Pflege der älter werdenden Generation in Frage stellt. „Wer die Kinder hat, der hat die Zukunft“ - dies ist eine Parole, die oft mit erschreckendem Pragmatismus in Gesellschaft und Kirche gehandelt wird.



Lebensmut

Die Lebensqualität der Kinder tritt hinter einer solchen Sichtweise fast ganz zurück. Es gilt aber auch hier, was der Rat der EKD in seinem Wort aus Anlaß des Internationalen Jahres der Familie 1994 gesagt hat: „Zu mehr Lebensmut aufzurufen, wird nur ein hohler moralischer Appell sein, wenn die Bereitschaft fehlt, unsere Lebensverhältnisse aktuell zu verbessern.“

So geht zunächst ein Appell an die gesellschaftliche Öffentlichkeit,



- das Ausmaß der Gefährdung unserer Kinder wahrzunehmen
- den um die Lage der Kinder wissenden Experten und den für sie eintretenden Organisationen politisch Gehör zu schenken
- die UN-Konventionen über die Rechte der Kinder in Bund und Ländern umzusetzen,
- für überzeugendere und wirksamere kinderfreundliche und familiengerechte Rahmenbedingungen im Sinne gesellschaftspolitischer Prioritätensetzungen zu entscheiden.

Einer Kirche kann es von dem ihr anvertrauten Evangelium her nicht gleichgültig



sein, welche Lebensbedingungen Kinder in einer Gesellschaft vorfinden. Dabei ist sie natürlich zuerst immer selbst gefragt, ob Kinder in ihren Gemeinden und in ihren Arbeitsfeldern jene Auf- und Annahme finden, von der Jesus gesprochen hat. Aber sie würde ihren Auftrag verfehlen, hätte sie nicht immer das Wohl aller Kinder im Blick, unabhängig von der kirchlichen Bindung ihrer Eltern oder ihrer eigenen Berührung mit der Kirche.

Lebenserfüllung

„Welche Kirche braucht das Kind?“ ist deshalb das **dritte Kapitel** der Synodenvorlage überschrieben. Zwei Antworten werden auf diese Frage gegeben. Zunächst braucht die Kirche Kinder, um von und mit ihnen zu lernen, lernen von ihrem Kindsein als einer unvergleichlichen eigenen Form des Menschseins, von selbständigen Entdeckungen und Frageweisen, in denen ihr Weg zum christlichen Glauben auf dem Spiele steht. Sodann brauchen die Kinder eine Kirche, die sich durch sie prüfen läßt, die für sie eintritt, die ihnen Raum zum Aufwachsen in schwieriger Zeit und darin das Evangelium als Lebenserfüllung anbietet. Gemeint ist eine Kirche, die an den beiden zusammengehörigen Seiten des einen Auftrags festhält: dem Auftrag, das Evangelium weiterzusagen und allen zu dienen.

So richtet sich ein weiterer Appell an Kirche und Gemeinden, darüber nachzudenken, wie die Arbeit mit Kindern besser in eine Gesamtkonzeption der kirchlichen und gemeindepädagogischen Arbeit einzubeziehen ist. Dazu müssen Kinder und Einrichtungen für Kinder in das öffentlich wirksame Bewußtsein aller Verantwortlichen in der Kirche gelangen. Jede Ebene kirchlichen Wirkens und jede Kirchengemeinde ist herausgefordert,

- die Situation von Kindern in allen Lebensbereichen wahrzunehmen,
- das Vertrauen derer nicht zu enttäuschen, die viel von einer kindergerechten Kirche erwarten,
- die Begleitung von Kindern zu intensivieren und Angebote zu machen, die Kinder einbeziehen,
- mit Kindern eine Lebens- und Lerngemeinschaft zu bilden,
- zu erkennen, wo und wie Kinder gefährdet sind oder mit ihren Belangen gering geschätzt werden, zu prüfen, wie sie zur Anwältin der Kinder und ihrer Interessen werden kann.

Praxis pietatis

Die Synode wird ihre Beratungen in Halle an der Saale unweit jenes Ortes abhalten, an dem August Hermann Francke vor fast genau dreihundert Jahren als Antwort auf das schwierige Leben der damaligen „Straßenkinder“ sein Werk begonnen hatte, das zu Recht immer wieder als politisch-soziales Handeln aus pietistischer Frömmigkeit, als praxis pietatis beschrieben worden ist. Es ist ihr zu wünschen, daß dieser genius loci sie bei ihren Verhandlungen über „Aufwachsen in schwieriger Zeit - Kinder in Gemeinde und Gesellschaft“ begleiten und beflügeln möge. ■

Anm.:
Prof. Dr. Ulrich Becker
ist Vorsitzender des Ausschusses
für Erziehung und Bildung
der Synode der EKD.



Europa gewinnt neue Attraktivität

Klaus Weigelt

Wenn es eines Beweises bedarf, daß das inzwischen berühmte „Schäuble-Papier“ nicht zur Unzeit - wie zahlreiche Kritiker behaupten - sondern zur rechten Zeit in der Öffentlichkeit erschienen ist, dann ist die Wirkung dieses 14-Seiten Papiers Beweis genug.

Wie oft zerbrechen sich Politiker den Kopf darüber, wie man in unserem Medienzeitalter Wirkung erzielen könne? Man plant große Aktionen, und das Echo ist gleich Null. Und dann erscheint ein Papier, in dem viele Dinge stehen, die auch schon in anderen Papieren, Memoranden oder Stellungnahmen behandelt worden sind, und wie aus heiterem Himmel bricht eine europaweite Diskussion los. Noch auf der Pressekonferenz am 1. September 1994, auf der das Schäuble-Papier der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, rechnete keiner der Beteiligten mit der Wirkung, die erst drei Tage später einsetzte. Die Presse nahm das Papier eher gelangweilt auf; es gab nur eine Frage zum Verhältnis eines Europa der zwei Geschwindigkeiten zu einem Europa variabler Geometrie. Das war alles. Und heute, einige Wochen nach dieser Pressekonferenz, stehen wir in einer völlig neuen Europadiskussion.

Worum geht es? Vor uns liegt die im Vertrag von Maastricht (seit 1. 11. 1993 in Kraft) vorgesehene Regierungskonferenz 1996, auf der über den weiteren Weg der Europäischen Union entschieden werden muß. Diese Entscheidung ist eine Richtungsentscheidung und deswegen von vitaler Bedeutung für die Zukunft der Union. Niemand hat dies klarer erkannt als Wilfried Martens, der Präsident der Europäischen Volkspartei (EVP) und zugleich Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (EP). Er sagte anläßlich des 2. Europatages der Konrad-Adenauer-Stiftung am 20. 9. 1994 in Brüssel mit Blick auf das Schäuble-Papier: „Die Führung

der Regierungsfraktion des größten Mitgliedstaates der Europäischen Union legt sich zwei Jahre vor der Regierungskonferenz 1996 auf ein an Deutlichkeit nicht zu übertreffendes föderalistisches Reformprogramm fest. Die Maastricht-Debatte wird aufgenommen als Argument für mehr Demokratie und Transparenz, der populistischen Versuchung des Zurück in die vermeintliche Sicherheit und Scheinsouveränität des isolierten Nationalstaats widerstanden.“

Europa der Nationalstaaten oder Europäische Union?

Die Charakterisierung und Befürwortung des Schäuble-Papiers durch Martens als „föderalistisches Reformprogramm“ ist zugleich eine Antwort an den britischen Premierminister John Major, der wenige Tage zuvor, am 7. 9. 1994, in Leiden/NL erklärt hatte: „Die Vision der 50er Jahre ist nicht die richtige für die Mitte der 90er Jahre.“ Jetzt gehe es um das „richtige Europa“ und dafür brauche man „eine Vision, die auf die Realität gründet.“ Diese Realität sei, „daß Europas Völker sich im allgemeinen den Glauben an den Nationalstaat und das Vertrauen in ihn bewahrt haben“. Daraus folgert Major: Die europäischen Völker „glauben nicht, daß ein gewaltiger, weit entfernter, mehrsprachiger, multikultureller und multinationaler Komplex auf sie eingehen würde oder ihre jeweilige nationale Identität angemessen widerspiegeln könnte. ...Ich glaube, der Nationalstaat wird auch weiterhin die grundlegende politische Einheit in Europa bleiben.“

Dem „föderalistischen Reformprogramm“ des Schäuble-Papiers stellt Major also sein Programm eines „Europa der Nationalstaaten“ für 1996 gegenüber, oder besser: entgegen. Damit

tritt für die Regierungskonferenz der Gegensatz offen zu Tage, der schon seit Maastricht die interne Diskussion zwischen den Unionisten (Gemeinschaftsorientierung) und den Intergouvernementalisten (Zusammenarbeit der Nationalstaaten auf Regierungsebene) bestimmte. Dieser Gegensatz muß 1996 geklärt und institutionell abgesichert werden. Dem dient das Schäuble-Papier, und deswegen ist es sehr zu begrüßen, daß die Diskussion darüber schon jetzt in vollem Gange ist. Die Position John Majors, die in etwas weniger freundlicher Fassung auch schon von Margret Thatcher vertreten wurde, ist nach Bundeskanzler Kohl der Versuch, die Europäische Union in eine „erhobene Freihandelszone“ aufzulösen. Diese Position überschätzt die Möglichkeiten des Nationalstaates im ausgehenden 20. Jahrhundert und unterschätzt die demokratische Bedeutung des Europäischen Parlaments.

Auf die verzerrende Gegenüberstellung von Nationalstaat und „multinationalem Komplex“ bei John Major antwortet Wilfried Martens in der erwähnten Rede: „Europäische Integration ist keine fixe Idee von vergeistigten und der Welt abgewandten Illusionisten, sondern die Antwort von Praktikern auf die Probleme der Zeit. Ich war selber zwölf Jahre lang Ministerpräsident meines Landes und kenne die Möglichkeiten und Grenzen nationalstaatlicher Politik.“

„viele Probleme - Friedenssicherung, Umweltschutz, Bekämpfung der internationalen Kriminalität - ist uns die nationale Jacke zu eng geworden. Wir bleiben Belgier, Spanier, Griechen, Iren, Deutsche, aber gewinnen eine europäische Identität hinzu. Der Nationalstaat bleibt leistungsfähig und eine angemessene Organisationsform, weil wir ihn durch die Zusammenarbeit in Europa entlasten können. Nation und Europa sind kein Gegensatz, sie ergänzen sich, sie brauchen einander, um ihre volle Leistungsfähigkeit entfalten zu können. Wer Nation und Europa gegeneinander ausspielt, schwächt beide.“

Der letzte Satz ist eine deutliche Kritik des EVP-Präsidenten an seinem früheren Kollegen im Amt des Regierungschefs, John Major. Die Kritik kommt also nicht von irgendeinem Politiker, des-



Klaus Weigelt (links) und Winfried Martens (rechts).

sen Meinung vielleicht kein Gewicht hätte. Vielmehr zeigt die Diskussion zwischen Martens und Major, wie hart hier um den richtigen Weg in die Zukunft Europas bereits heute auf höchster Ebene gerungen wird. Dazu gehört auch die adäquate Lösung der nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation neuen sicherheitspolitischen Problematik, die aus deutschem Interesse nicht nationalstaatlich, sondern nur gemeinschaftlich erfolgen kann. Das Schäuble-Papier sagt dazu: **„Die einzige Lösung dieses Ordnungsproblems, mit der ein Rückfall in das instabile Vorkriegssystem und die Rückkehr Deutschlands in die alte Mittellage verhindert werden kann, ist die Eingliederung der mittelosteuropäischen Nachbarn in das (west-)europäische Nachkriegssystem und eine umfassende Partnerschaft zwischen diesem und Rußland. Ein stabilitätsgefährdendes Vakuum, ein Zwischen-Europa, darf es nicht wieder geben.“**

Der nationalstaatliche Ansatz von John Major ist für die Lösung dieses Ordnungsproblems nicht nur ungeeignet, sondern er birgt auch Gefahren in sich. Wie sollte dieser Ansatz dazu führen, daß Deutschland die Chance erhält, „zur ruhigen Mitte Europas zu werden“, wie es im Schäuble-Papier heißt. Diese Chance ist nur europäisch, also gemeinschaftlich, und nicht national-

staatlich zu gewährleisten. **„Dieses deutsche Interesse an Stabilität ist grundsätzlich mit dem Europas identisch.“**

Dieser Schlüsselsatz des Schäuble-Papiers ist seine wichtigste Botschaft. Diese ist aber offensichtlich noch nicht überall verstanden worden.

Die Bedeutung des Europäischen Parlaments

Ein anderer Gegensatz zwischen Major und Martens wird bei der Beurteilung der Rolle des Europäischen Parlaments deutlich. John Major hatte sich in seiner Leidener Rede eine veritable Entgleisung gegenüber dem EP geleistet: „Das Europäische Parlament ist nicht die Antwort auf das durch die jämmerlich geringe Beteiligung an den diesjährigen Europawahlen so augenfällig gewordene demokratische Defizit. Das Ergebnis ist bedauerlicherweise eine unrepräsentative und ziemlich bunt zusammengewürfelte Parteiengruppierung im neuen Europa-Parlament, in dem Rand-, Protest- und Oppositionsgruppen überrepräsentiert sind.“ Darauf hat Wilfried Martens in einem offenen Brief an John Major in ungewöhnlicher Schärfe reagiert und wie folgt formuliert:

„Als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei, mit der Ihre eigenen konservativen MEPs (Mitglieder des EP) erfolgreich zusammengeschlossen sind, sehe ich mich verpflichtet Ihnen mitzuteilen, daß ich mit Ihren Bemerkungen über die demokratische Legitimität unserer Institution überhaupt nicht einverstanden bin.“

Als einzige gewählte Institution der Union ist das Europäische Parlament der demokratische Mittelpunkt für die Union (the main democratic focus for the Union). Es ist das einzige Parlament der Union, das eine eigene demokratische Kontrolle über die Kommission und eine gemeinsame legislative und Haushaltskontrolle mit dem Rat ausüben kann. Vermutlich war es Ihnen in Anerkennung dieser demokratischen Legitimation möglich, in Maastricht einer wichtigen Erweiterung der legislati-

der manche gleicher wären als andere. Es gibt keinen exklusiven Kern von Ländern oder Politiken, noch sollte es jemals einen geben. Die Europäische Union schließt eine breite Palette gemeinsamer Politiken und Bereiche enger Zusammenarbeit ein. Kein Mitgliedsstaat sollte einen privilegierten Status mit der Begründung beanspruchen, daß er an einigen dieser Politiken oder Bereiche beteiligt ist."

Diese Passage der Leidener Rede John Majors legt den Verdacht nahe, er oder seine Berater haben das Schäuble-Papier gar nicht gelesen. Darin steht als Leitgedanke: „Der Kern darf nicht abgeschlossen, muß hingegen für jedes Mitglied offen sein, das willens und in der Lage ist, seinen Anforderungen zu entsprechen.“ Also gerade kein Plädoyer für Exklusivität! Und an anderer Stelle: „Die Bildung einer Kerngruppe ist kein Ziel an sich, sondern ein Mittel, an sich widerstreitende Ziele - Vertiefung und Erweiterung - miteinander zu vereinbaren.“ Auch dieser Satz widerspricht der Interpretation John Majors.

Kein Flickenteppich

Wilfried Martens bringt die Diskussion den Punkt. „Schäubles Vorschlag eines Kerneuropas ist mißverstanden worden als exklusiver Club von Privilegierten. Er ist das genaue Gegenteil. Es geht nicht um zusätzliche Rechte, sondern um zusätzliche Pflichten. Die Staaten eines Kerneuropas sollen sich verpflichten, ich zitiere, 'sich nicht nur selbstverständlich an allen Politikbereichen (zu) beteiligen, sondern darüber hinaus gemeinsam erkennbar gemeinschaftsorientierter (zu) handeln als andere und gemeinsame Initiativen einzubringen, um die Union weiterzuentwickeln'."

Auch hier wieder wird klar formuliert, woran John Major offenbar besonders Anstoß nimmt: am gemeinschaftsorientierten Handeln. Und deswegen kritisiert Martens auch deutlich dessen Position: „Wir müssen ... Lösungen fin-

den, die sowohl die schwierige Sonder-situation in einigen Mitgliedsstaaten berücksichtigen und ihr mit Flexibilität begegnen, aber auch die Integrationsdynamik und den Zusammenhalt der integrationswilligen Länder als Motor erhalten. Genau darauf zielt Lamers Vorschlag eines Kerneuropas ab. Ein Europa à la carte dagegen, ein Flickenteppich von nationalen Sonderwünschen und Ausnahmeregeln, wird dem nicht gerecht.“ Denn ein solches Europa wäre dadurch gekennzeichnet, daß der langsamste und möglicherweise auch unwilligste die Geschwindigkeit des Einigungsprozesses bestimmt. Das kann nicht das Ergebnis von 1996 sein. Deswegen betont das Schäuble-Papier: „Entscheidend ist, daß die Länder, die in ihrer Kooperation weiter zu gehen willens und in der Lage sind als andere, nicht durch Veto-Rechte anderer Mitglieder blockiert werden dürfen.“ Neben der Regierungskonferenz 1996 ist hierfür besonders die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion eine Nagelprobe, die 1997 oder 1999 erfolgen soll und für die der Maastrichter Vertrag die Möglichkeit vorsieht, daß zunächst nicht alle, sondern nur diejenigen mitmachen können, die die Konvergenzkriterien erfüllen. De facto wäre das dann ein Europa der zwei oder auch mehr Geschwindigkeiten.

Kernspaltung oder Kernfusion

Es wird nun viel darüber diskutiert und auch von John Major befürchtet, daß eine zusätzliche Übernahme von Pflichten durch einige Mitglieder die Gemeinschaft sprengen und auseinanderreißen könnte. Diese Diskussion gab es bereits Mitte der 50er Jahre, als ebenfalls Großbritannien vor der Gründung der Europäischen Gemeinschaft warnte, weil zunächst einmal nur ein Kerneuropa aus den sechs Gründerstaaten gebildet wurden. Heute kann John Major in seiner Leidener Rede sagen: „Seit nunmehr fast 40 Jahren haben die Mitgliedsländer der Europäischen Union - erst sechs, dann neun, zehn, zwölf und demnächst sechzehn - am Abbau von Spaltungen in Europa gear-

beitet. Wir dürfen nicht zulassen, daß sie wieder eingeführt werden.“

Aber dieser Satz verrät zugleich ein völliges Unverständnis für das Prinzip der Dynamik des Einigungsprozesses, in dem immer einige vorangegangen sind und die anderen nachgezogen haben. So hat sich auch Großbritannien in den 50er Jahren der Einladung Adenauers zum Mitmachen zunächst entzogen und konnte sich dann erst nach einer demütigenden Ablehnung durch General de Gaulle der Gemeinschaft anschließen. Die Attraktivität der Europäischen Union war also doch größer als die zunächst von Großbritannien unterstellte Tendenz zur Spaltung Europas. Warum sollte das heute anders sein?

Daß es nicht anders ist, beweist der Verlauf der durch das Schäuble-Papier entfachten Diskussion. Sie hat die bisherigen Vorzeichen der Europadiskussion umgekehrt. Standen bislang kritische Einstellungen und Reserven im Vordergrund, gipfelnd in den Überlegungen, was man alles nicht mitmachen wollte - das sog. Opting-out -, so will jetzt auf einmal niemand mehr abseits stehen, zur „zweiten Klasse“ gehören oder aus der Kerngruppe „ausgeschlossen“ werde. Unversehens ist also eine Umkehrung der Beweislast eingetreten und das Thema lautet „Opting-in“. Diese Wende in der europäischen Diskussion kann man getrost als sensationell bezeichnen, und schon deswegen hat sich das Schäuble-Papier gelohnt. Dadurch, daß es die Dinge beim Namen nennt, fördert es darüber hinaus die ehrliche und öffentliche Diskussion und damit auch die Attraktivität, die Magnetwirkung der Europäischen Union. Diese ist seit Anfang September wieder auf einem besseren Wege. ■

Anm.:
Klaus Weigelt ist Leiter
der Konrad-Adenauer-Stiftung
in Brüssel



Kurz notiert

Deutschland unterstützt Abkommen EU - Israel

Bonn. Die Bundesregierung wird sich für einen zügigen Abschluß des neuen Abkommens zwischen der Europäischen Union und Israel einsetzen. Das hat Bundesernährungsminister **Jochen Borchert** seinem israelischen Amtskollegen Ya'acov Tsur bei Fachgesprächen im Bonner Ernährungsministerium versichert. Die Europäische Kommission als Verhandlungsführerin sei jetzt gefordert, entsprechend ihrem Auftrag konkrete Vorschläge vorzulegen, erklärte der CDU-Politiker. Im Agrarsektor sehe das Verhandlungsmandat der Kommission unter anderem vor, bereits bestehende Konzessionen für Zitrusfrüchte, Obstsäfte, Blumen und Frühkartoffeln beizubehalten. Weitere Verbesserungen sollten auf der Basis der Gegenseitigkeit angestrebt werden. ■

Politik für Kinder - mehr als Familienpolitik

Die Zukunft unserer Gesellschaft wird ganz wesentlich davon bestimmt, ob es gelingt, die Lebensbedingungen von Kindern grundsätzlich zu verbessern und damit auch die Bereitschaft zum Kind wieder wachsen zu lassen. Wir müssen zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft werden, in der das Leben mit Kindern wieder selbstverständlich ist. Sie müssen zu

ihrer Entwicklung Schutzzräume vorfinden, persönliche Zuwendung und Geborgenheit erfahren sowie die Gelegenheit zur Entfaltung eigener Kräfte erhalten. Uns ist bewußt, daß das Wohl von Kindern nicht nur jene betrifft, in deren unmittelbare Obhut sie gehören. Das ganze Gemeinwesen ist dort angesprochen, wo es darum geht, allen Kindern eine Förderung zu sichern, die ihren Begabungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten gerecht wird. Politik für Kinder muß die Grenzen bloßer Familienpolitik überschreiten und alle gesellschaftspolitisch relevanten Bereiche wie beispielsweise den Städte- und Wohnungsbau oder die Verkehrspolitik einbeziehen.

Auszug aus:
Rückenwind für junge Familien, Aktionsleitfaden der Jungen Union
(zu bestellen unter: 0228/310011) ■

Für besseren Schutz von Tieren beim Transport

Bonn. Bundesernährungsminister **Jochen Borchert** hat dem Bundesrat eine Verordnung zugeleitet, die den Schutz von Tieren beim Transport umfassend und detailliert regelt. Der Minister hält die nationale Verordnung für notwendig, nachdem ständige Bemühungen, auf europäischer Ebene zu einer befriedigenden Lösung zu kommen, bisher noch nicht zu einem Ergebnis geführt haben. Gleichwohl wird er sich auch weiterhin in Brüssel mit allem Nachdruck für EU-einheitliche Regelungen einsetzen.

Der Verordnungsentwurf des Bundesernährungsministeriums gilt grundsätzlich für den Transport aller Tierarten. Er soll die bisher geltenden Tierschutztransportverordnungen ablösen und entsprechendes europäisches Recht umsetzen. Im Vorgriff auf die noch ausstehenden EU-Durchführungsbestimmungen zur Tiertransportrichtlinie werden Detailregelungen vor allem über Transportzeiten, Ruhezeiten, Ladedichten und Kontrollen festgelegt. Hier greift der Verordnungsentwurf auf entsprechende Vorgaben des Europarates zurück.

Wichtigste Vorschrift des Verordnungsentwurfs ist die generelle Begrenzung der Transportdauer von Schlachtieren zur Schlachtstätte auf acht Stunden. Nur bei Schiffs-transporten sind längere Zeiten erlaubt. Festgelegt werden ferner die Tränk- und Fütterungsintervalle. So wird beispielsweise bei Rindern, Schafen und Schweinen der maximale Abstand zwischen den Tränkungen auf zehn und zwischen den Fütterungen auf 22 Stunden begrenzt. Die Mindestdauer der Ruhezeiten liegt bei acht Stunden. ■

Kinderarbeit in Indien

Aachen. Die Verleihung des diesjährigen Aachener Friedenspreises an die Südasiatische Koalition gegen Kinder- versklavung sowie die Emmaus-Gemeinschaft soll auf das Elend der Kinder in der Dritten Welt und die Obdachlosigkeit in Deutschland aufmerksam machen. Der

Vorsitzende des Friedenspreises, **Albrecht Bausch**, sagte, es sei ein Skandal, daß „wir auf Kosten der unter tödlichen Bedingungen lebenden Kindersklaven über flauschige Teppiche gehen“, während Indien gleichzeitig der größte Waffenimporteur der Welt sei. Der Preis ist mit jeweils 2.000 Mark dotiert. Bausch rechnet darüber hinaus mit mehreren tausend Mark Spenden an die Preisträger.

Der Generalsekretär der Koalition gegen Kinder- versklavung, **Kailash Satyarthi**, appellierte bei der Entgegennahme des Preises an die Verbraucher in Deutschland, nur Teppiche zu kaufen, die nicht durch Kinderarbeit hergestellt seien. Er kündigte an, daß derartige Teppiche mit dem Gütesiegel „Rugmark“ in Kürze auch in Deutschland gekauft werden könnten. Derzeit werde ein Kontrollsystem in Indien aufgebaut. Von der Bundesregierung forderte er ein Einfuhrverbot für Waren, die von Kindern hergestellt werden. ■

Leserbriefe

Betr.: EV 9/94: Familienpolitik ist eine Querschnittsaufgabe

So sehr Ralph Bierett zustimmen ist, daß es bedauerlicher- weise auch in der letzten Lohn- runde aufgrund gewerkschaft- licher Schwerpunktsetzung wiederum zu einer „Nivellie- rungsrunde“ gekommen ist, so sehr ist Bierett zu widerspre- chen, wenn er fordert, daß zukünftig „eine Familien- runde“ im Rahmen von Tarif- handlungen angesagt wäre.

Der Vorschlag, so gut er sicherlich gemeint ist, geht an der tarifpolitischen Wirklichkeit völlig vorbei.

Schon heute besteht ein Privileg des öffentlichen Dienstes u.a. darin, daß über das Ortszuschlagsystem für Kinder von Familien, deren Eltern im öffentlichen Dienst beschäftigt werden, weitaus mehr Geld gezahlt wird, als für Familien, die außerhalb des öffentlichen Dienstes beschäftigt werden. Während beispielsweise ein Arbeiter oder Angestellter in der Privatwirtschaft sich mit den steuerlichen Freibeträgen und sonstigen kinderspezifischen Regelungen einerseits und dem Kindergeld andererseits zufrieden geben muß, wird im öffentlichen Dienst - gestaffelt nach der Zahl der Kinder - ein sich entsprechend erhöhender Ortszuschlag als Teil der Vergütung gezahlt. Das (staatliche) Kindergeld gibt es natürlich obendrauf. Dies ist die eine, nach außen wirkende Problematik im Vergleich zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft.

Andere, interne Problematik besteht darin, daß der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst für die Arbeitsleistung des Arbeitnehmers mehr Geld zahlen muß, also höhere Kosten hat, wenn dieser Arbeitnehmer verheiratet ist oder wenn die Familie Kinder hat, ohne daß der Arbeitgeber dafür ein qualitatives oder quantitatives Mehr an Leistung erhielt.

Da aus der Sicht des Arbeitgebers Löhne und Gehälter Kosten darstellen, ist die Frage aufzuwerfen, ob es Sinn macht, Arbeit aus „familienpolitischen Gründen“ zu versteuern. Die Antwort ist eindeutig: sie lautet nein.

... Es ist aber der falsche Weg, unter dem Etikett „Familienpolitik“ dazu beitragen zu wollen, für den Arbeitgeber die Kosten für Arbeit zu erhöhen. In keinem anderen Bereich wird die Tatsache, verheiratet zu sein oder Kinder zu haben, entsprechend prämiert. So erhält kein Familienvater höhere Zinsen bei der Anlage seines Kapitals oder erzielt höhere Preise am Markt, wenn er Wohnungen zu Vermietungszwecken dem Markt zur Verfügung stellt. Insoweit ist es nicht einsichtig, daß der Arbeitgeber, der Geld für Arbeit zu zahlen hat, höher belastet werden soll. ■

*Dr. Jürgen Peter
Geschäftsführer der TdL
Hans-Böckler-Str. 3
53225 Bonn*

**Hinweis der Redaktion:
Betr.: Leserbriefe**

Wir freuen uns über Leserbriefe, die wir gerne veröffentlichen, wenn sie sich konkret auf einen Artikel in der „EV“ beziehen. Bei sehr ausführlichen Zuschriften behalten wir uns vor, zu kürzen. ■

**Betr.: EV 7/8/94
„Frauen und Erwerbsarbeit“**

In Ihrem Artikel „Frauen und Erwerbsarbeit“ begünstigen Sie ein fatales Mißverständnis. Außen vor bleiben seit jeher unsere Mütter. Wenn eine Frau sich zur Mutterschaft entscheidet, verzichtet sie traditionell und dauerhaft auf Lohn, Urlaub, Freizeit und Rente. Diese vier Eckpfeiler unserer gesellschaftlichen Anerkennung müssen wir redlich mit den Müttern teilen. Andernfalls werden

wir weiterhin mit der verlogenen und inhumanen Diskussion um den Paragraphen 218 leben. Da helfen weder das lächerliche Kindergeld, noch scheinheilige Planspiele um Teilzeitbeschäftigungen, noch Halbtagschulen. Ein Staat, der seinen Wohlstand auf der unbezahlten Arbeit unserer Mütter gründet, stimmt uns nachdenklich. ■

*Harald Fr. Honecker
Turmstraße 18,
66265 Wahlschied*

**Betr.: EV 7/8/94 Artikel
„Der deutsche Widerstand“**

„Diese vielen individuellen Gewissensentscheidungen sind das Charakteristikum des deutschen Widerstandes.“ So Botschafter a.D. Dr. Peter Hermes in seinem beachtlichen Beitrag zum 20. Juli 1944. Als historische Tatsache ist daran sicherlich überhaupt nicht zu rütteln; trotzdem treibt mich im Anschluß an die Lektüre eine Frage um. Dazu eine persönliche Erinnerung: Als ungefähr 14jähriger habe ich ein Buch gelesen, das damals in den 30er Jahren sehr verbreitet war, und dessen Titel ebenfalls ganz auf das Gewissen abhebt: Hans Zöberlein, „Der Befehl des Gewissens“. Wenn ich mich recht entsinne, schildert es den Weg eines Frontoffiziers des ersten Weltkrieges durch die politischen Wirren der Nachkriegsjahre, der schließlich in der Entscheidung für die Partei und politischen Ziele Hitlers endete.

Offensichtlich kann also auch das Gewissen irren, sogar verhängnisvoll irren. Daher meine Frage: Wer entscheidet, ob meine Gewissensentscheidung richtig ist?

Über das, was in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts geschah, brauchen wir uns heute sicherlich nicht mehr zu streiten. Wie steht es aber mit heute im tiefsten strittigen Fragen, wie etwa über die Nutzung der Kernenergie, die Geburtenkontrolle, die Gentechnik? Was soll man da jungen Menschen sagen, die noch kaum eigene Lebenserfahrung besitzen, dementsprechend ungleich abhängiger sind von dem, was eine veröffentlichte Meinung, auch wieder von massiven Interessen gesteuert, ihnen als richtig, gar gut hinstellt? Sie wachsen in eine offene Gesellschaft hinein, in der Licht und Schatten in Dämmerungszonen häufig kaum noch klar zu trennen sind, aber vielleicht sind auch hier „richtige“ Gewissensentscheidungen genau so notwendig wie einst! Nur - wer sagt mir, was „richtig“ ist? ■

*Dipl.-Phys. Karl Kromphardt
Weberstraße 113,
53113 Bonn*

**Betr.: EV 7/8/94 Artikel
„Der deutsche Widerstand“**

Als Mitglied der „Weiße-Rose-Stiftung“ und Mitglied des EAK erfüllt es mich mit Genugtuung, daß mit Unterstützung der Medien endlich ein Aufschrei durch die Bevölkerung geht, und auch der Gerichtspräsident des Landgerichts Mannheim personelle Konsequenzen erwägt, wenn sich einzelne Richter in einem Land, dessen Justiz dereinst Sofie Scholl und Professor Dr. Huber hinrichten ließ, bei einer Urteilsbegründung derartiges leisten wie im Mannheimer Deckert-Prozeß. Beim Kronacher Amtsgericht attestierte kürzlich eine Richterin dem

Gutachten eines von ihr beauftragten Psychologen, der darin Christen beider großer Konfessionen (darunter Dekan Hennings, Kronach) als „Glaubensgenossen“ diskriminierte und „Objekte mit christlicher Symbolik“ als „mögliche Belastungen“ deklarierte: „Das Gericht schließt sich den überzeugenden Ausführungen des Sachverständigen an“. In der NS-Vergangenheit wurden „christliche Symbole“ mit ähnlichen Begründungen aus Schulen und öffentlichen Gebäuden entfernt. Ich glaube, daß insbesondere auch das zuständige Gericht als Institution und dessen Repräsentanten sich von Äußerungen einzelner Vertreter, die nicht zu billigen sind, entschieden distanzieren sollten. Bleibt nur zu hoffen, daß diejenigen, denen unser Rechtsstaat etwas bedeutet, und die deshalb derartiges nicht schweigend hinnehmen, nicht wie zu NS-Zeiten als „Querulanten“ abgestempelt oder sonstwie verunglimpft oder mundtot gemacht werden. ■

Werner Leitner
Theisenort
Kuno-Dietrich-Siedlung 5,
96328 Küps

Bücher

**Meinhard Miegel/
Stefanie Wahl: Das Ende
des Individualismus. Verlag
Bonn Aktuell, Bonn 1994**

In diesem Jahr ist ein Buch in zweiter Auflage im Verlag Bonn Aktuell erschienen, das - dies sei bereits vorwegnehmend gesagt - besonders innerhalb des EAK breite Beachtung verdient. Es wur-

de von **Meinhard Miegel** und **Stefanie Wahl** verfaßt und hat „Das Ende des Individualismus“ zum Gegenstand. Die Autoren stellen darin die These auf, daß sich in der deutschen Gesellschaft Einzelinteressen und Egoismen in einem solchen Maße Geltung verschafft haben, daß die Bereitschaft für Aufopferung und die Übernahme sozialer Verantwortung sogar im privaten Bereich auf dramatische Weise nachgelassen hat. Dies äußert sich nach Auffassung von Miegel und Wahl letztlich im Rückgang der Geburten-Rate, wodurch der Fortbestand des Volkes und der Erhalt der Kultur existentiell gefährdet seien.

Die Verfasser zeigen im ersten Kapitel auf, daß sich für dieses Phänomen Beispiele aus der Geschichte anführen lassen. Bereits im antiken Griechenland habe z.B. die Entwicklung zu einer Individualisierung und schließlich zur Dezimierung des Volkes geführt. In einem zweiten Kapitel bieten Miegel und Wahl auf der Grundlage sozialwissenschaftlicher und demoskopischer Untersuchungen eine Diagnose der deutschen Gesellschaft, aus der hervorgeht, daß trotz einiger Unterschiede bei einzelnen sozialen Gruppen die Individualisierung in Deutschland am weitesten vorangeschritten ist. Welchen Einfluß diese Tatsache auf die demographischen Verhältnisse ausübt, behandeln die Autoren in einem dritten Kapitel. Im vierten Kapitel gehen sie der Frage nach, welche Folgen sich aus dem Rückgang der Bevölkerungszahl ergeben. Das letzte Kapitel verdeutlicht zuletzt, welche politischen und wirtschaftlichen Instrumente zur Verfügung stehen, um sol-

chen Konsequenzen aus dem Sozialverhalten der Deutschen zu begegnen. Wie schwierig sich jedoch eine Gegensteuerung gestaltet, macht folgende Passage deutlich: „Repräsentativen Umfragen zufolge begrüßt nur knapp ein Zehntel einen möglichen Rückgang der Bevölkerungszahl Deutschlands. Rund die Hälfte wünscht hingegen keine zahlenmäßigen Veränderungen, während knapp zwei Fünftel sogar ein weiteres Wachstum der Bevölkerung für erstrebenswert halten. (...) Zugleich lehnt es die deutsche Bevölkerung aber auch ab, künftig mehr Kinder aufzuziehen als in den zurückliegenden 20 Jahren. (...) Die große Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands erwartet damit objektiv Unmögliches“ (S.117ff.). Dieses Dilemma stellen Miegel und Wahl in ihrem abschließenden Fazit-Kapitel deutlich heraus.

Die Stärke dieses Buches besteht zum einen in der soliden Fundamentierung auf den sozialwissenschaftlichen und demoskopischen Untersuchungen, deren Aussagen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglassen. Sie sind schlicht erschreckend. Zum anderen präsentieren die Autoren mit einer Stringenz die wirtschaftlichen und sozialen Folgen (z.B. Rentenversicherung, Ausländer-Problematik etc.), so daß sich eigentlich nur ein Schluß aufdrängt: Die Politik hat es hier mit einem gewaltigen Problem zu tun, das sich nicht, wie man das bislang gewohnt war, monokausal abhandeln und entsprechend lösen läßt, sondern das von völlig verschiedenen Richtungen her bewältigt werden muß. Die Schwierigkeit liegt dabei dar-

in, daß die Ursache des Problems eine mentale Verfassung der Gesellschaft ist, die nicht so leicht beeinflußt und geändert werden kann, ohne daß sich der Vorwurf einer undemokratischen Bevormundung des Bürgers erheben würde. Aus diesem Grunde kommen manche Lösungsvorschläge, die die Verfasser unterbreiten, einer Beschneidung bestimmter Rechte gleich. Aber es stellt sich zuletzt die Frage, ob nicht eine Hypertrophie der ausdrücklichen Einzelrechte zwangsläufig an eine Grenze stoßen muß, an der die Funktion der Gemeinschaft in ihrem innersten Kern gestört wird.

Wer für eine geistige Erneuerung eintritt, wem an dem Erhalt unseres Volkes und unserer Kultur gelegen ist und wer die entsprechenden sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge in eindringlicher Weise vor Augen geführt bekommen möchte, der sollte nicht versäumen, das vorgestellte Buch zu lesen. ■

Michael Altripp

Aus unserer Arbeit

Familie“ - unverzichtbar oder ein Auslaufmodell?

Plauen. Unter diesem Thema stand eine Podiumsdiskussion des EAK Landesverbandes Sachsen in Plauen im Vogtland.

Nachdem Staatsminister **Dr. Hans Geisler**, Dresden, den

Evangelischen Arbeitskreis der CDU vorgestellt und das Ziel formuliert hatte, evangelisches Gedankengut in den politischen Gestaltungsprozeß hineinzutragen, stellte Superintendent **Thomas Küttler**, Plauen, zunächst das Thema in Frage: „Ein Auto wird als Auslaufmodell bezeichnet, wenn durch Innovation ein verbesserter Typ entwickelt worden ist. Wo aber gibt es eine Weiterentwicklung der gemeinschaftlichen Lebensform „Familie“, die als verbesserter Typ erkennbar ist und Menschen hätte, sich mehrheitlich durchzusetzen?“ Gerade die vielfachen Versuche in den letzten Jahrzehnten hätten gezeigt, daß versuchte neue Formen weder verallgemeinerungsfähig noch geeignet sind, als kleinste Menschengemeinschaft den einzelnen von der Geburt bis zum Tode zu begleiten. Insofern sei also die Familie nicht unverzichtbar, sondern schlicht unaufgebbar.

Zum Begriff „Familie“ sei anzumerken, daß er in der Bibel zwar nicht vorkomme, daß sinngleich aber der Begriff „Haus“ verwendet werde, etwa das Haus Davids, und daß Gott sich stets dieser Häuser bediene, um zu wirken: „Gott handelt in der Familie“.

Dr. Geisler wies in seinem Komplementärvortrag zunächst auf die anderen Gemeinschaftsmodelle hin, insbesondere auf den 50%igen Anteil von Single-Haushalten in den alten Bundesländern. Der Generationsvertrag bestehe in der Solidarität der Jungen mit den Alten sowohl in der Familie als auch in der gesamten Gesellschaft, und die Kinder, die jetzt nicht geboren werden, fehlen in Zukunft bei der Erarbeitung der Rente ihrer Eltern. „Die

Familie ist die kleinste Einheit von Solidarität und Subsidiarität, sie vollführt für das Individuum die Einführung in die Gemeinschaft, das Wachsen und Aufgehen in der Gemeinschaft, die Verwirklichung der biologischen Aufgaben und das Ausscheiden aus der Gemeinschaft. In diesen Handlungen gleicht sie soziale Stärke und soziale Schwäche aus.“ Der Staat hat daher ein ureigenstes Interesse, die Stabilität der Familie zu fördern. Geisler verwies auf Kindergeld- und Kindergartenregelungen, Ferienförderung, Wohngeld, Hausbaukredite, Alters- und Große Witwenrente.

Die sich anschließende Gesprächsrunde, die von Herrn Dietmar Franke, Mitglied des Sächsischen Landtages, gelenkt wurde, galt ganz überwiegend der offensichtlichen Unterbewertung der Familie und der familiären Erziehungsleistungen durch die Gesellschaft. ■

Peter Schumann

Die Beziehung zu Gott ist wichtig

Blaubeuren. Entgegen allen pessimistischen Prognosen habe das Interesse am Christsein zugenommen, sagte **Walter Jung**, Vorsitzender der Blaubeurer CDU und Mitglied im Evangelischen Arbeitskreis der CDU, bei einer von beiden Organisationen verantworteten Veranstaltung zum Thema „Christsein heute“. Das Interesse an dem Vortrag des Blaubeurer Arztes **Dr. Martin Wiehe** war groß. Rund 80 Zuhörer waren gekommen.

Dr. Wiehe zitierte den Satz aus einer Zeitschrift „Deutschland ist ein heidnisches Land mit christlichem Restbestand“. In einer kritischen Betrachtung ging er der Frage nach, was das Christentum für die Masse bedeutet. Gänzlich unchristliche Dinge liefen unter dem Deckmantel des Christentums, sagte Wiehe. Als Beispiel nannte er den Krieg im ehemaligen Jugoslawien.

Als Problem sah Wiehe, daß das Christentum vertheoretisiert werde und Gott zu einer philosophischen Figur werde. Nötig sei aber eine persönliche Beziehung zu Gott. Wo in Menschen Jesus Christus als der lebendige Gott lebe, geschehe Veränderung. Der Friede beginne in jedem einzelnen, sagte der Referent, und wahres Christentum habe die Kraft, die Welt zu verändern. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich gemacht, daß es notwendig ist, „von unten“ etwas zu bewegen. ■

Perspektiven einer Bioethik

Bonn. „Grundsätze und Perspektiven einer umfassenden

Bioethik“ lautete das Thema des **25. Bonner Theologischen Gespräches**. Als Gast begrüßte der Bundesvorsitzende des EAK, **Jochen Borchert**, den Biologen und Theologen **Prof. Dr. Dr. Günter Altner**.

In seiner Einführung unterstrich Borchert die Notwendigkeit des bioethischen Diskurses. Durch den gezielten Einsatz von gentechnischen Methoden in der Pflanzenzüchtung könnte ein Beitrag zum Umweltschutz - so die Ergebnisse von Untersuchungen anerkannter Wissenschaftler - geleistet werden.

Bedenken äußerte Borchert bei dem Einsatz von gentechnisch erzeugten Hormonen zur Steigerung der Milchproduktion von Kühen.

Dementsprechend formulierte Prof. Altner die zentrale Frage der Bioethik: wer verantwortlich ist, wofür, wovon, wovon, wann und wie?

Damit verdeutlichte er, daß eine umfassende Bioethik über den Menschen hinaus nach den Mitkreaturen fragen muß. Leben muß ohne augenblicklichen Nutzwert geachtet werden. ■

Der EAK-Ludwigsburg lädt ein:

Die Verantwortung der Kirche für die Demokratie

Prälat Rolf Scheffbuch, Ulm

am Dienstag, 22. November 1994, um 19.30 Uhr
in der Stadthalle Großbottwar

Weitere Informationen: Ulrich Hirsch, Strombergstr. 62,
74343 Sachsenheim-Spielberg, Tel. 07046/2632.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard - Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Redaktion: Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 5 44-3 05/6 Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Abonnement-Preis jährlich 20,- DM Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten. - Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber. Papier: 100% chlorfrei Graphische Beratung: Ilka Holle, Telefon 02 28/85 67 61

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 53113 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Ihnen unsere Zeitschrift gefällt und Sie zu ihrer Verbreitung beitragen möchten, freuen wir uns, wenn Sie die „EV“ weiterempfehlen. Hierzu können Sie den vorbereiteten Coupon verwenden.

Bitte ausschneiden und senden an:

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 53113 Bonn

Betr.: „Evangelische Verantwortung“

Ich interessiere mich für Themen aus Kirche, Politik und Gesellschaft.

An einem regelmäßigen Bezug der „Evangelischen Verantwortung“ habe ich Interesse.

Die „Evangelische Verantwortung“ erscheint 10mal im Jahr.

Herausgeber: Bundesminister **Jochen Borchert**,
Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Meine Adresse lautet:

Unsere Autoren:

**Bundesministerin
Hannelore Rösch
Godesberger Allee 140
53175 Bonn**

**Ruth Merckle
Reichlensbergweg 22
89143 Blaubeuren**

**Prof. Dr. Ulrich Becker
Havelweg 8
30559 Hannover**

**Klaus Weigelt
11, avenue de l'Yser
B-1040 Brüssel**